

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.
 Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Postgebühr), bei Zustellung unter Kreuzband 2,40 Mk.
 Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
 Anzeigenpreis: Inserte 60 Pf., Reklame 1,30 Mk.

Herausgegeben vom Vorstandsvorsitzenden.
 Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
 Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.
 Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O., Rüdersdorfer Straße 60.
 Inseraten-Geschäftsstelle: Berlin O. 17, Rüdersdorfer Straße 60. Tel.: Amt Königstadt 4337.
 (Verbandsanzeigen wie Versammlungsinserte u. dergl. sind an die Redaktion direkt zu richten.)
 Schluß d. Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 15.

Berlin, den 13. April 1913.

14. Jahrgang.

Die örtlichen Verhandlungen.

Nach der getroffenen Vereinbarung zwischen den Parteien sollte, sobald sich der Vorstand des Arbeitgeberbundes bereit erklärt hatte, die Vorschläge der Unparteiischen als Grundlage für die örtlichen Verhandlungen zu akzeptieren, sofort mit diesen begonnen werden. Die Bezirksleiter der Arbeiterverbände sollten sich mit den in Betracht kommenden Arbeitgeberführern über den Zeitpunkt der Verhandlungen verständigen, auch darüber, für welche Orte gemeinschaftlich und für welche gesondert verhandelt werden sollte. Das ist inzwischen geschehen, und hat eine größere Anzahl örtlicher bzw. bezirklicher Verhandlungen bereits stattgefunden. Bis zum 19. April müssen diese Verhandlungen erledigt sein. Die Zentralinstanzen treten alsdann wieder zusammen, um über die weitere Erledigung der verbliebenen Streitpunkte zu beraten. Der alte Tarif bleibt so lange in Gültigkeit, als die Verhandlungen nicht endgültig abgeschlossen sind. Wir berichten nachstehend über die bis jetzt stattgefundenen Verhandlungen, geordnet nach Bezirken, soweit uns Berichte darüber vorliegen.

Bezirk Berlin.

Berlin fällt zwar nicht unter den allgemeinen Tarif, infolge der Absonderung des Berliner Arbeitgeberbundes vom Deutschen Arbeitgeberbund f. d. B. im Jahre 1910. Da jedoch der Tarifablauf ein gleichmäßiger ist mit dem allgemeinen Ablauf, fanden auch hier Verhandlungen statt. Nach mehrmaligen Verhandlungen wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Die Forderung der Arbeiter betrug 8 Pf. pro Stunde, das Angebot der Arbeitgeber 3 Pf., verteilt auf drei Jahre, und zwar ab 1. Oktober jedes Jahres 1 Pf. Der Schiedsspruch lautete 3 Pf. für die Vertragsdauer und verteilt sich auf 1. Oktober d. J. 1 Pf., 1. April 1914 1 Pf. und 1. April 1915 1 Pf. Der Schiedsspruch unterliegt der Beschlußfassung der Parteien.

In Grimmen-Triebsees betrug die Forderung der Arbeiter 5 Pf., das Angebot der Unternehmer 3 Pf. In Stettin wurde neben einer einhalbstündigen Verkürzung der Arbeitszeit 8 Pf. Lohnhöhung gefordert. Das Angebot der Unternehmer betrug 5 Pf. für Maurer und Zimmerer und 3 Pf. für Hilfsarbeiter. Eine Einigung wurde in diesen Orten nicht erzielt.

Bezirk Bochum und Köln.

Nachdem am 31. März in einer Sitzung zu Barmen unter Leitung der drei Vorsitzenden der Einigungsämter von Barmen, Köln und Essen man sich auf neun Verhandlungsorte für Rheinland und Westfalen geeinigt hatte, fanden am 4. April die Verhandlungen für das Bergische Land in Barmen statt. Dieselben endigten vollständig resultatlos, da die Arbeitgeber erklärten, keine Lohnhöhung bewilligen zu wollen. Ebenso lehnen sie eine Verkürzung der Arbeitszeit ab. Nach dieser Erklärung hielten die Arbeitervertreter ein Weiterverhandeln für zwecklos. Wir glauben, guten Grund dafür zu haben, daß sich die gleiche Komödie bei den folgenden Verhandlungen wiederholen wird. Der Düsseldorf-er Arbeitgeberbund hat keine Teilnahme an den gemeinschaftlichen Verhandlungen abgelehnt. Die am 2. und 3. April für Düsseldorf gepflogenen Verhandlungen hatten kein positives Ergebnis. Die Arbeitgeber erklärten, über die Forderungen der Arbeitervertreter erst mit ihrer Generalversammlung beraten zu wollen. (Wie uns bei Vertikalschluß mitgeteilt wird, haben die Arbeitgeber jetzt 8 Pf. Lohnhöhung angeboten, für jedes der drei Vertragsjahre je 1 Pf.).

Der Westdeutsche Arbeitgeberbund beabsichtigt, für eine Reihe Orte, die bisher unter den Vertrag fielen, seinen neuen Vertrag abzuschließen, angeblich weil in diesen Orten der Arbeitgeberbund keine Mitglieder mehr hat. Zu diesen Orten gehören u. a. Aachen, Cleve, Vöck und Gelbern.

Bezirk Breslau.

Im Bezirk Breslau begannen die Verhandlungen am 20. März zunächst für das Lohngebiet Breslau. Die

Forderung der Bauarbeiter geht dahin: Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und eine Lohnhöhung von 6 Pf. im ersten Vertragsjahr. Die Arbeitgeber lehnen die Arbeitszeitverkürzung ab, ebenso eine Lohnhöhung im ersten Vertragsjahr. Im zweiten und dritten Jahr wollen sie eine mäßige Lohnhöhung zugestehen. Für Breslau-Land war die Verkürzung der Arbeitszeit nicht gefordert. Auch hier wollen die Arbeitgeber im ersten Vertragsjahr keine Lohnhöhung zugestehen. Am 28. März wurde für die Vertragsgebiete Glatz-Neurobe verhandelt. Auf Grund der Einigungsvorschläge der Unparteiischen muß für diese Gebiete eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 1/2 auf 10 Stunden eintreten. Die Arbeitervertreter fordern eine Lohnhöhung von 4 Pf. für das erste, und je 2 Pf. für die beiden letzten Vertragsjahre. Die Arbeitgeber lehnen jede Lohnhöhung im ersten Vertragsjahr ab, also auch den Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung. Für Dels, Gr.-Wartenberg, Festenberg, Müllisch, Namslau, Bernstadt und Kreuzburg fanden die Verhandlungen am 31. März statt. Für Dels, wo 5 Pf. für die Vertragsdauer gefordert waren, boten die Unternehmer 1 Pf. Für die übrigen Orte betrug ihr Angebot 2 Pf., selbst für Kreuzburg und Namslau, wo eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung einzutreten hat.

Am 2. April wurde über die Vertragsgebiete Kalbenburg, Gottesberg, Freiburg, Striegau, Hirschberg, Schmiedeberg und Landesgut verhandelt. Zum Geltungsbereich beantragten die Arbeiter, daß Gottesberg aus dem Lohnbezirk B in den Lohnbezirk A aufgenommen werde. Die Arbeitgeber lehnen dies ab. Einige weitere Veränderungen erhalten die Zustimmung beider Teile. In § 4 beantragen die Arbeitgeber Regelung der Lohnverhältnisse im Betongewerbe. Es kommt hier zu folgender Einigung: Im ersten Jahre für gewöhnliche Arbeiter Hilfsarbeiterlohn, im zweiten Jahre ist der Arbeiter als Flechter anzusehen und erhält 3 Pf. mehr, im dritten Jahre 4 Pf. mehr. Nach vier Jahren ist der Lohn demjenigen der Gesellen gleichzustellen. In der Lohnfrage wird auch hier keine Einigung erzielt. Die Arbeitnehmer fordern für das erste Jahr 4-6 Pf. Die Arbeitgeber erklären, im ersten Jahre nichts bewilligen zu können.

Bei den Verhandlungen in Reife (siehe auch Bezirk Rattowitz) sollte auch für die Gebiete Briesg, Grottkau, Patzschau und Falkenberg (D.-Schl.) verhandelt werden. Für die Gebiete Grottkau, Falkenberg und Patzschau sollte zum erstenmal ein Vertrag zur Einführung gelangen. Die Arbeitgeber von Falkenberg und Patzschau waren aber nicht erschienen, und konnte daher über diese Gebiete nicht verhandelt werden. Für Grottkau soll der Vertrag auf den Niederkreis beschränkt bleiben; sollten die Arbeitgeber von Ottmachau ihre Zustimmung geben, so kann der noch abzuschließende Vertrag auf den ganzen Kreis ausgedehnt werden. Eine Einigung wurde bis auf die Lohnfrage erzielt. Die Forderungen der Arbeiter bewegten sich zwischen 7 und 9 Pf. Die Arbeitgeber kamen hier wohl noch am weitesten entgegen. Sie waren nach langer Beratung bereit, 4 Pf. für die Vertragsdauer zu gewähren. Genannte Gebiete sind aber in den letzten Jahren in der Lohnaufbesserung sehr zurückgeblieben, und konnten die Arbeiter sich mit dem Angebot nicht zufrieden geben.

Am Freitag, den 4. April, fanden in Camenz die örtlichen Verhandlungen für die Gebiete Reichenbach, Langenbielau, Rimpisch, Strehlen, Schweinitz und Münterberg statt. Für die Gebiete Rimpisch und Münterberg sollte der Vertrag zum erstenmal abgeschlossen werden. Bezüglich des Geltungsbereiches der neuen Gebiete kam eine Einigung zustande. In Münterberg, wo die Arbeitszeit bisher noch 11 Stunden betrug, soll dieselbe in diesem Jahre auf 10 1/2 Stunden, im nächsten Jahre auf 10 Stunden reduziert werden. Die Forderungen der Arbeiter betragen für das erste Jahr 4 Pf. in allen Gebieten. Die Arbeitgeber erklärten demgegenüber, wie auch sonst, für das erste Jahr nichts bewilligen zu können. Die Verhandlungen führten auch hier in der Lohnfrage zu keinem Ergebnis. Für die übrigen Gebiete finden die Verhandlungen im Verlaufe dieser Woche statt.

Bezirk Frankfurt a. M.

Im Frankfurter Vertragsbezirk verständigten sich die Parteien auf vier Verhandlungsorte. Als Leiter der Verhandlungen fungierte Herr Stadtrat Dr. Zuppe und zwei Beisitzer.

Es fanden bis jetzt in drei Bezirken Verhandlungen statt, die sich insgesamt auf 32 Lohngebiete erstreckten. Das Resultat ist bis jetzt noch ein recht mageres. Die Forderungen der Bauarbeiter bewegten sich im allgemeinen in der Höhe zwischen 6 bis 10 Pf. Nur in Orten mit besonders teuren Verhältnissen und zurückgebliebenen Löhnen wurde eine höhere Lohnforderung gestellt.

Außerdem wurde für Frankfurt a. M., Offenbach, Höchst, Griesheim, Mainz, Darmstadt, Cassel und Hanau eine Verkürzung der Arbeitszeit und ein Lohnausgleich gefordert. Diese Forderung wurde seitens des Mitteldeutschen Arbeitgeberbundes überall abgelehnt. Das Lohnangebot der Arbeitgeber bewegt sich in 18 Lohngebieten in der Höhe von 1/2 bis 2 Pf. In 14 Lohngebieten wurde überhaupt kein Angebot gemacht und sollen dort die Löhne während der nächsten Vertragsdauer auf dem bisherigen Stand belassen werden. Seitens des Arbeitgeberverbandes wurde gefordert, daß die in der Zementbranche tätigen Bauarbeiter genau umschrieben werden sollen, und daß nur der ausgebildete Zementfacharbeiter, der eine vierjährige Tätigkeit als Flechter nachweisen könne, auf einen erhöhten Lohn Anspruch habe. Dagegen sollen die neu einzustellenden Maurer in der Betonbranche im ersten Jahre unter Maurerlohn entlohnt werden. Der Lohn für die Bauhilfsarbeiter im Betonbau soll derselbe sein wie auch im Hochbau. Diese Anträge lösten eine derartig scharfe Diskussion aus, daß sie schließlich zurückgestellt werden mußten. Alles in allem kann gesagt werden, daß das bis jetzt vorliegende Resultat in keiner Weise befriedigt. Sollten die Unternehmer ihre Zugeständnisse nicht erhöhen, so dürfte an eine Einigung nicht zu denken sein.

Bezirk Freiburg i. B.

Nach einem gegenseitigen Übereinkommen fanden die Verhandlungen bezirksweise statt, und zwar: Für den Seekreis in Conzanz, für Oberbaden in Freiburg, für Mittelbaden in Karlsruhe und für das Unterland in Heidelberg. Die Verhandlungen haben getagt am Donnerstag, den 3. April, in Freiburg, am Freitag, den 4. April, in Karlsruhe und am Samstag, den 5. April, in Heidelberg. In allen Verhandlungen wurde über Lohn und Arbeitszeit keine Einigung erzielt. In Freiburg, Karlsruhe, Pforzheim und Heidelberg forderten die Arbeiterorganisationen gemeinsam eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit, die aber die Arbeitgebervertreter, ohne die Gründe der Arbeitervertreter, die diese zur Begründung ins Feld führten, zu würdigen, rundweg ablehnten. Demselben Schicksal verfielen auch die geforderten Lohnhöhungen. Auch nicht in einem einzigen Ort haben die Unternehmer eine Lohnhöhung zugestimmt. In einigen nebensächlichen Punkten wurde eine Einigung erzielt. Für den Seekreis sowie für das Elsaß finden die Verhandlungen Ende nächster Woche statt.

Bezirk Hannover.

Für Hannover fand die Verhandlung am 27. und 29. März statt. Die Arbeiter fordern Verkürzung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden und eine Lohn-erhöhung von 6 Pf. pro Stunde, verteilt auf drei Jahre. Die Arbeitgeber lehnen die Verkürzung der Arbeitszeit ab, ihr Lohnangebot beträgt 2 Pf. Für das Vertragsgebiet Landkreis Lüneburg boten die Arbeitgeber ebenfalls 2 Pf. In dem Vertragsgebiet Wunstorf-Mandelshaus lehnten die Arbeitgeber jede Lohn-erhöhung ab. Für Hildesheim, das in seinen Lohn-Verhältnissen weit zurückgeblieben ist, wurden neben einer halbstündigen Verkürzung der Arbeitszeit 12 Pf. Lohn-erhöhung gefordert; diese Forderung wurde im Laufe der Verhandlungen ermäßigt. Die Arbeitszeitverkürzung lehnen die Arbeitgeber ab, ihr Lohnangebot beträgt 5 Pf. pro Stunde. Für den Landkreis Göttingen war keine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert, dagegen die gleiche Lohnsteigerung wie in Hildesheim. Das Angebot der Arbeitgeber bewegte sich in den gleichen Grenzen

wie für Albstadt. Das gleiche trifft zu für Galtstorf. Für die Vertragsgebiete Sarsfeld, Dintler und Herxum lehnen die Unternehmer jedes Entgegenkommen ab, in Borsum waren sie zu den Verhandlungen nicht erschienen. Auch in Wöttingen lehnten die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung ab. In Wilhelmshaven lehnten die Unternehmer ein Angebot für so lange ab, bis die Arbeitervertreter ihre Forderung, die sich zwischen 9-11 Pf. bewegt, ermäßigen und bestimmte Zahlen nennen. In Bremerhaven wurden neben einer halben Stunde Verkürzung der Arbeitszeit 10 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde gefordert. Die Parteien einigten sich dahin, daß mit dem 1. April 1914 Montags- und Sonntags eine halbstündige Verkürzung der Arbeitszeit eintritt, die mit dem 1. April 1915 allgemein eingeführt wird. Lohnerhöhung boten die Arbeitgeber sofort 2 Pf., am 1. April 1914 weitere 2 Pf. und am 1. April 1915 4 Pf. Die Mitgliederversammlungen sollen über das Angebot entscheiden.

Bezirk Rastatt.

Am Donnerstag, den 3. April, fand in Reiffe Verhandlung statt für Oppeln, Reiffe, Reußstadt O.-S. und Ziegenhals. Zunächst wurde den Arbeitgebern eine Lohnerhöhung für das erste Vertragsjahr von 5 Pf. für Reiffe und Reußstadt und 6 Pf. für Oppeln und Ziegenhals vorgeschlagen. Die Unternehmer boten für das erste Jahr zunächst nichts und für die folgenden Jahre je 1 Pf. Die Forderung für Reiffe wurde alsdann von den Arbeitervertretern formuliert auf 3, 2, 2 Pf., für Oppeln auf 4, 3, 2 Pf., für Ziegenhals, wo eine Stunde Arbeitszeitverkürzung notwendig ist, auf 4, 3, 2 Pf., für Reußstadt auf 3, 2, 2 Pf. Die Unternehmer boten alsdann 1, 2, 1 Pf. für alle drei Orte und die drei Jahre. Für Reiffe, Reußstadt und Ziegenhals sollen die Bauhilfsarbeiter in den Vertrag aufgenommen werden, die Spannung soll nicht mehr als 13 Pf. zwischen den Löhnen der Gesellen und der Bauhilfsarbeiter betragen. Bauhilfsarbeiter, die vorübergehend im Baugewerbe tätig sind, erhalten 3 Pf. weniger.

Bezirk Königsberg.

In Königsberg einigte man sich auf eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde und eine Erhöhung des Lohnes für Maurer und Zimmerer um 2, 3, 5 Pf., zusammen 10 Pf. und 12 Pf. für die Bauhilfsarbeiter für die drei Jahre. Das Verhandlungsergebnis für die übrigen Orte bezüglich des Lohnes ist folgendes: Allenstein für Maurer und Zimmerer 5 Pf., für Bauhilfsarbeiter 6 Pf., Dramberg (R. u. S.) 4 Pf., Gräfenberg (R. u. S.) 5 Pf., (S.) 8 Pf., Landsberg (R. u. S.) 6 Pf., (S.) 8 Pf., Ortschaften (R. u. S.) 6 Pf., (S.) 5 Pf., Premel (R.) 4 Pf., (S.) 6 Pf., Tapiau (R.) 5 Pf., Tartenburg (R.) 7 Pf. Die Lohnerhöhungen verteilen sich auf drei Jahre. Das Verhandlungsergebnis bezieht sich auf die Zustimmung der Mitgliederversammlungen. Im Königsberger Bezirk dürfte die Einigung gesichert sein.

Bezirk München.

In München kann man über allgemeine Erklärungen nicht hinaus. Gegenüber der mangelhaften Forderung der Arbeiter erklärten die Arbeitgeber eine den wirtschaftlichen Verhältnissen angemessene Lohnerhöhung zu bewilligen, eine Summe wozu sie jedoch nicht. Nachdem sich sämtliche Forderungen der Parteien gegenseitig ausglich haben, soll weiter verhandelt werden. In Rosenheim, Kufing und Daffersburg nahmen die Verhandlungen einen günstigen Verlauf, für Reichenhall, Traunstein, Lanten, Wiesbach, Schliersee und Polzhausen boten die Unternehmer für 1914 und 1915 je 1 Pf. Lohnerhöhung an. In Rosenau boten sie für R. u. S. 2 Pf., für S. 1 Pf. Die der Verhandlungsleiter in Wiesbach, Adolf Stricker, erklärte, haben die Arbeitgeber in einer Generalversammlung beschlossen, andere Angebote nicht zu machen. Wozu dann aber noch Verhandlungen? Das konnte man den Arbeitern auch schriftlich mitteilen.

Bezirk Paderborn.

In Bezirk Paderborn finden die Verhandlungen erst im Laufe der nächsten Woche statt. Der entgegengesetzten des Deutschen Arbeitgeberbundes stehende Lippische Arbeitgeberverband möchte aus dem Vorschlag, den bestehenden Vertrag ohne Lohnzulage auf drei Jahre zu verlängern, das wurde abgelehnt. Mit den Arbeitgebern in Lehe, die dem Arbeitgeberbund nicht angehören, kam eine Einigung zustande. Der Lohn steigt in der dreijährigen Vertragsdauer von 49 auf 55 Pf. pro Stunde.

Bezirk Posen.

Am 27. März begannen die Verhandlungen im Bezirk Posen für die Orte Gnesen, Posen, Kopen und Gnesen. Die Forderung der Arbeiter betrug 6 bis 9 Pf. Lohnerhöhung, verteilt auf drei Jahre. Das Angebot der Arbeitgeber lautet für Gnesen 3 Pf., für Posen 3 Pf. und für Kopen 1 Pf. Am 3. April fand für Gnesen, Posen, Kopen, Schönbach, Gnesen, Gnesen und Gnesen Verhandlung. Die Angebote der Arbeitgeber bewegten sich für diese Orte zwischen 2 bis 4 Pf. für die dreijährige Vertragsdauer. Eine Einigung wurde nicht erzielt. In der Stadt Posen selbst kam es zu einer Einigung. Der Lohn erhöht sich für Maurer und Zimmerer um 5 Pf. (2, 1, 2) und um 6 Pf. für die Arbeiter.

Bezirk Saarbrücken.

Die Verhandlungen für Saarbrücken, die am 31. März stattfanden, wurden nach zweistündiger Beratung als ergebnislos erklärt. Das Angebot der Arbeitgeber lautete für Saarbrücken mit der Erweiterung des Lohnbereichs 1 Pf. Erhöhung. Die Arbeiter lehnten aber in dem letzten Augenblick ab, eine Angebotsliste der Arbeiter gemäß herbeizubringen. In eine Angebotsliste konnte kein Gehalt nicht gebracht werden, weil im ganzen Gewerbe der Baugewerbe herabgesetzt. Auch die

Bekämpfung der Unternehmer durch den Dresdener Schiedsspruch im Jahre 1910 machten Angebotslisten unmöglich. Die Vertreter der Arbeiter beantragten eine den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung, sowie Verkürzung der Arbeitszeit. Nachdem aber der Vorschlag der Arbeitgeber hierauf erklärte, daß der jetzige Lohn übermäßig hoch und Verkürzung der Arbeitszeit ganz ausgeschlossen sei, erschienen weitere Beratungen zwecklos.

Bezirk Stuttgart.

Für Stuttgart und Feuerbach fanden am 2. April Verhandlungen statt. Die Arbeiter forderten eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und eine entsprechende Lohnerhöhung. Das lehnten die Arbeitgeber angeblich wegen der derzeitigen „schlechten Geschäftslage“ und da in Stuttgart fast die höchsten Löhne ganz Südb- und Mitteldeutschlands bezahlt würden, für das laufende Jahr ab, vom 1. April 1914 ab wären sie jedoch dazu bereit. Die Verhandlungen werden weitergeführt.

Soweit die uns mitgeteilten Resultate. Von Ausnahmen abgesehen, sind sie bis jetzt sehr unbefriedigend, und die von uns ausgesprochene Befürchtung, die örtlichen Verhandlungen könnten einen ähnlichen Verlauf nehmen wie in 1910, ist in weitem Maße eingetreten. Insbesondere trifft das für das rheinisch-westfälische Gebiet zu. Aus allem geht hervor, daß wir von einer Einigung noch recht weit entfernt sind.

Der Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes für 1912.

In Nr. 6 des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften erstattet der Ausschuss des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Bericht über seine Tätigkeit im Jahre 1912. Einleitend gibt er eine Uebersicht über die Strömungen und Ereignisse, von denen die Gewerkschaften Deutschlands, insbesondere die christlichen Gewerkschaften, beeinflusst wurden. Die Reichstagswahl wurde unter schärfstem Kampf der bürgerlichen Parteien untereinander vollzogen, daher der große Erfolg der Sozialdemokratie. Der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager erreichte seinen Höhepunkt. Durch diese Ereignisse wurde den leitenden Instanzen umfangreiche Arbeit auferlegt, und wurden hierdurch die christlichen Gewerkschaften in ihrer Entwicklung gehindert.

Der Bericht kommt sodann auf den Bergarbeiterstreit im Ruhrrevier und dessen Begleiterscheinungen zurück, als dessen Konsequenz er fordert, daß auch die Bergarbeitermassen sich der bewährten gewerkschaftlichen Disziplin unterzuordnen haben. Nur auf diesem Wege ist eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit den Vertretern der Großindustrie denkbar. Diesen lauteufen Rufern zur Bescheidung des Koalitionsrechts der Arbeiter gegenüber, die aber ihrerseits in den Parteien usw. den Koalitionszwang bis zur Skrupellosigkeit betreiben, könne nur eine starke, aber auch disziplinierte Gewerkschaftsbewegung etwas erreichen, indem sie dieselben im geeigneten Augenblick und an der verwundbarsten Stelle angreift. Den großindustriellen Koalitionsfeinden der Arbeiter gefellen sich die agrarischen Interessenten zu, die nicht nur den landwirtschaftlichen Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten wollen, sondern auch die Bestrebungen auf Einigung der Rechte der Industriearbeiter unterstützen. Der neugegründete Verband der christlichen Land- und Forstarbeiter wird sich hierdurch in seiner Tätigkeit nicht behindern lassen.

Das Verhältnis zu den Kirch-Dunderschen Gewerkschaften hat im Berichtsjahr trotz der in 1911 abgeschlossenen Vereinbarung über gegenseitiges Zusammenarbeiten eher eine Verschlechterung als Verbesserung erfahren. Ob sich die Vereinbarung halten läßt, erscheint sehr fraglich.

Ueber den Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager sagt der Bericht:

„Der Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager wurde im Berichtsjahr bekanntlich auf die Spitze getrieben und zu einem bestimmten Abschluß gebracht. Ein Rückblick auf die letzte Periode dieses zehnjährigen Kampfes kann nicht anders als in der Frage gipfeln: Was haben denn nun die katholischen Fachabteilungen erzielt? Legt man den Maßstab an ihre eigenen ziffermäßigen Erfolge an, dann ist das Ergebnis ein geradezu Mägliches und demütigendes. Die ganzen, mit dem Aufgebote mächtiger Freunde und Gönner durchgeführten zwölfjährigen Anstrengungen haben eine Handvoll von Arbeitern um ihre gewerkschaftliche Fahne gesammelt, ein Grüppchen, dessen Pulsschlag mehr auf Sterben als auf Leben deutet, und das sich daher gleicherweise bei Arbeitern wie Arbeitgebern vergebens um einigen Kredit bemüht. Aber das ist schließlich nicht einmal das Wichtigste, weil diese „Erfolge“ ja allzu deutlich die verlorene Position erweisen. Die Fachabteilungsbewegung von vornherein als eine vorübergehende Erscheinung kennzeichnen. Wichtiger ist, was von diesen Kampf auf dem Schlachtfeld bleibt, nicht allein auf dem direkt organisatorischen Gebiete, sondern in ideeller Hinsicht.

Den „Berliner“ Führer konnte natürlich die man gelnde Zugkraft ihres Programms nicht verborgen bleiben. Sie suchten daher nach anderen Mitteln zur Kräftigung ihrer Bestrebungen unter den deutschen Katholiken und bemühten sich in diesem Sinne um die Gewinnung der Autorität der kirchlichen Hierarchie für ihre Ideen. Wo sich ihnen nur ein Strahlhalmchen bot, ergriffen sie es gierig, um es alsbald zum Zwecke unglaublicher geistiger Tyranisierung zu verwenden und so ihr Schiff flott zu bekommen. Ihre unerhörten Zumutungen trugen ihnen eine energische Abschüttelung verschiedener deutscher Bischöfe ein. Und so kam es dann zu ihrem letzten verwegenen Schritt: sie wandten sich über die Köpfe der deutschen Bischöfe hinweg an das Oberhaupt der katholischen Kirche, um ein Verbot der christlichen Gewerkschaften zu erzielen. Dieses Dabanne-Spiel schlug aber fehl. Denn, wir haben es schon im Herbst des letzten Jahres geschrieben, Unmögliches kann schließlich auch der Papst, insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten und in einem Lande mit konfessionell gemischter Bevölkerung, nicht möglich machen. Und so hat sich Berlin mit seinen jahrelangen und vielseitigen Aktionen praktisch lediglich nur erzielt, daß die kirchliche Autorität im katholischen Lager den schwersten Erschütterungen ausgesetzt wurde. Das ist aber das Entgegengesetzte dessen, was die „Berliner“ zu erstreben vorgaben.

Auf der anderen Seite hat die jahrelange Auseinandersetzung gewiß dazu beigetragen, die grundsätzliche Unterlage der christlichen Gewerkschaftsbewegung so zu stärken, wie es bei keiner anderen ähnlichen Bewegung der Fall ist, und die christlichen Gewerkschaften in der Öffentlichkeit, in der Wissenschaft und in der öffentlichen Meinung schneller und wirksamer bekannt zu machen, als es unter sonstigen Verhältnissen der Fall gewesen wäre. Nichtsdestoweniger aber ist es ein Kampf gewesen, und als solcher mußten, wie in jedem Kampfe, Kräfte in der Abwehr verwendet werden, nach denen in der positiven, aufbauenden Arbeit eine sozusagen schreiende Nachfrage bestand. Was da verloren wurde, ist unwiderbringlich dahin, wenigstens insoweit, als es dem gemeinsamen Gegner zugefallen ist.

Jetzt aber ist der Bann gebrochen. Nunmehr können sich die Kräfte auf der ganzen Linie wieder konzentrieren. Jetzt muß es wieder vorwärts gehen! In dem Augenblick, wo diese Beilen ins Land hinausgehen, fallen die Würfel über das Schicksal der bedeutendsten Tarifverträge. Das gesamte Wirtschaftsleben wird von dem Organisationswesen in tiefgreifender Weise erfaßt. Das ist die Zeit, wo auch der Fernstehende seine Augen vor der Gewerkschaft nicht mehr verschließen kann. Nach der Entscheidung in der Gewerkschaftsfrage ist eine Fülle von Kräften wieder frei geworden. Sie müssen sich jetzt mit den in der Werbung bereits befindlichen vereinigen, damit alle Chancen ausgenutzt werden. Jetzt darf es keinen Stillstand mehr geben! Die Gesamtbewegung bemüht sich um einen ständigen weiteren Ausbau der zur Gleichrichtung der Agitation und zur Stärkung unserer Bestrebungen vorgesehenen Einrichtungen. Die Ortskartelle sind in ständlichem Aufblühen begriffen, seitdem sich ein eigenes Dezernat um ihre Angelegenheiten bemüht. Es sollte den Ortskartellen aber auch im Lande überall die gebührende Sorgfalt zugewendet werden. Gewiß liegen auf unserer Seite die Verhältnisse grundsätzlich verschieden, wenn man sie in Vergleich zu denen bringt, unter denen sich die sozialistischen Organisationen betätigen. Bei diesen gehen Partei und Gewerkschaften, Frauenbewegung und Jugendausschüsse usw. in jeder Weise zusammen, und die sozialdemokratische Tagespresse sekundiert ihnen. Ein ähnlich geschlossenes und einheitliches Wirken ist für unsere Bewegung nicht zu erzielen. Aber wir dürfen auch nicht in das entgegengesetzte Extrem verfallen, um uns nur auf dem Boden der Berufsorganisation zu betätigen. Vielmehr erwächst aus den bezeichneten Voraussetzungen die zwingende Notwendigkeit, uns innerhalb des Ortsbezirks untereinander so fest wie möglich zusammenzuschließen. Dieses Zusammenwirken und die Erarbeitung eines breiteren Resonanzbodens in der Öffentlichkeit werden wesentlich erleichtert durch die aufblühende Tätigkeit des Pressebezernats, das insbesondere durch die vielverbreitete „Gewerkschafts-Korrespondenz“ für sachliche Information der öffentlichen Meinung und Zurückweisung der Angriffe auf die Bewegung sorgt. Alles läßt sich natürlich nicht von einem Zentralkomitee aus machen: es muß auch allenthalben die eigene Initiative nach Mitteln und Wegen zur Ausbreitung der Bewegung suchen. Ein besonderes Augenmerk sollte dabei auch auf die Jugend gerichtet werden, für deren zweckmäßige Behandlung im Laufe der Zeit eine Reihe von Anregungen ergangen ist. Neuerdings hilft hier „Die Jugend“, die neue Korrespondenz zur Förderung der Jugendarbeit in unserer Bewegung, die für die Funktionäre und die Jugendkommissionsmitglieder bestimmt ist, kräftig nach. Aber nochmals: die Hauptsache bleibt, daß die ergehenden Anregungen in jeder Beziehung Männer finden, die sie in die Tat umzusetzen bereit und gewillt sind.

Das aber ist die zuberstichtliche Erwartung der Zeitung der Gesamtbewegung. Möge sie in dieser Erwartung sich nicht getäuscht sehen!

Der Bericht schließt mit einer eingehenden Darstellung der praktisch erledigten Arbeit auf dem Generalsekretariat und den Konferenzen und Kongressen, den einzelnen Bezirkssekretariaten und dem Reichsarbeitersekretariat.

Maurer und Richter.

Maurer und Richter! Was soll es mit diesem Thema? Haben beide so enge Beziehungen zueinander, daß diese eine eingehendere Erörterung erfordern? Das dürfte doch wohl kaum zutreffen. Die soziale Stellung des Richters ist eine andere wie die des Maurers, ja, es besteht sogar ein sehr großer Unterschied zwischen beiden. Und auch sonst ist es dem Maurer am angenehmen, wenn er mit dem Richter nichts zu tun hat. Also wozu dieses Thema?

Einem sächsischen Scharsmacherblatt, genannt „Mitteilungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu Dresden“, kam es in den Sinn, zwecks Diskreditierung der vorwärtstrebenden Arbeiterschaft einen Vergleich zwischen dem Einkommen eines Maurers und dem eines Richters aufzustellen, um dann pathetisch erklären zu können, seht, so sieht es mit der (sozialdemokratischen) „Phrase von den Hungerlöhnen der Arbeiter“ aus. Und es hielt den Artikel für so wichtig, ihn in der gesinnungsverwandten Tagespresse weiterzuerweitern. Außerdem, und das war ja wohl der Zweck der ganzen Übung, ließ sich damit eine hübsche Stimmungsmache gegen die „unersättlichen“ Bauarbeiter inszenieren. Im gegenwärtigen Augenblicke, vom Standpunkte der Unternehmer aus betrachtet, gewiß ganz espressionell. Und mit dem Wort „sozialdemokratisch“ suchte man ihm die richtige Würze zu verleihen. Mit diesem Wort nämlich, das sich zu einem Sport herausgebildet hat, werden heutzutage von weiten Kreisen alle berechtigten Forderungen abgetan.

Daß der Artikelfreiber in den „Mitteilungen des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu Dresden“ ein Ignorant schlimmster Art ist, geht aus seiner Methode der Gegenüberstellung zwischen Richtereinkommen und dem des Maurers hervor; ganz besonders aber aus dem, was er entwirft oder vergißt. Ist es angängig, dem Einkommen eines Maurers vom Beginn seiner Lehrzeit bis zu seinem 35. Lebensjahr das Einkommen eines Richteramtstribunats, der mit diesem Alter erst Richter wird, gegenüberzustellen? Der angehende Richter besand sich bis zu diesem Alter in der Lehre und seine der Menschheit geleisteten Dienste waren außerordentlich gering. Persönliches Vermögen oder das der Eltern setzte ihn in den Stand, seine Studien betreiben zu können, und die in Aussicht stehende staatliche Anstellung mit gesicherten Einkommens- und Pensionsverhältnissen, auch die persönliche Ehre und Reizung, erschienen ihm Äquivalent genug, sich der Richterkarriere zu widmen. Der Maurer dagegen wie die Lohnarbeiter überhaupt, sie stehen in der Gütererzeugung, schaffen Werte auf Werte, wozu sie der Selbsterhaltungstrieb kurzerhand zwingt, weil sie sonst nichts zum Leben haben. Vielleicht würde sich sonst mancher ebenfalls einem anderen, einem akademischen Berufe zuwenden. Der Nützlichkeitswert der Handarbeiter im Interesse der Menschheit setzt somit in einem weit früheren Stadium ein wie bei den akademischen Berufen, sie tragen aber noch zudem die Wagnisse der freien wirtschaftlichen Tätigkeit und der besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit in dem gewählten Berufe. Mancher ist schon körperlich verbraucht zu dem Zeitpunkt, wo der Richter erst sein Amt antritt. Während das Einkommen des Richters nun schematisch steigt, beginnt das Einkommen des Arbeiters zu sinken, da seine körperliche Leistungsfähigkeit nicht mehr auf der Höhe steht. Es gibt nicht wenige Baustellen, an denen Maurer über 40 Jahre keine Aufnahme mehr finden können.

Nach diesen Ausführungen läßt sich der Wert bemessen, der den Angaben des Dresdener Blattes beizulegen ist, daß der Maurer bis zu seinem 35. Lebensjahre bereits 26 115 M (tatsächlich sind es 8000 bis 10000 M weniger) verdient habe, der Richter aber, der ja noch gar kein Richter war, nur 18 300 M, oder fast gerade so viel wie seine Ausbildung erfordert habe. Als ob die Ausbildungskosten die Allgemeinheit überhaupt etwas angingen. Das ist des Richteramtstribunats persönliche Angelegenheit, hat er die Mittel dazu nicht, nun, statt dessen steht ihm ja der Weg zum Verdienst eines Maurers jederzeit offen. Insofern hat die Sache auch einen humoristischen Anstrich, als die Begehrlichkeit der angehenden Richter dadurch gereizt wird. Wir befürchten jedoch keine drohende Konkurrenz.

Wenn die Frage überhaupt einen Sinn haben soll, dann müßte sie dahin lauten, welche Mittel haben dem

Maurer und dem angehenden Richter bis zum 35. Lebensjahr zum persönlichen Unterhalt zur Verfügung gestanden. Da der Arbeiterstand im allgemeinen früher in den Stand der Ehe tritt wie der Akademiker, muß auch Frau und Kinder in Berechnung gezogen werden. Wir sind der sicheren Überzeugung, daß dem Bauarbeiter weniger zur Verfügung gestanden hat wie dem Richteramtstribunatskandidaten im allgemeinen. So mancher Student verbraucht monatlich mehr als wie ein Bauarbeiter das ganze Jahr hindurch verdient. Daß es in Deutschland aber auch noch Hungerlöhne im wahren Sinne des Wortes gibt, ist unbestreitbar, bilden wir nur in die Heimindustrie und in zurückgebliebene Textilindustriegegenden.

Warum vergißt das sächsische Arbeitgeberblatt auf die Pensionsverhältnisse der Richter hinzuweisen; dort der gesicherte Lebensabend, beim Arbeiter dagegen die drohende Ungewißheit und Not im Alter. Ist es keine Entstellung der Wahrheit, das Durchschnittsalter des erwerbsfähigen kräftigen Mannes mit 50 Jahren anzugeben? Das mag bei den akademischen Berufen zutreffen, der Lohnarbeiterstand im allgemeinen ist in diesem Alter bereits verbraucht. Sein Verdienst beginnt sehr oft schon unter diesem Alter zu sinken, das Gehalt des Beamten dagegen steigt mit den Dienstjahren ohne Rücksicht auf seine Leistung. Mancher arme Teufel muß sich noch um das tägliche Brot schinden und plagen, während mancher Beamte, der noch leistungsfähig ist, trotzdem seinen Dienst quittiert und seine Pension in behaglicher Ruhe genießt. Ueber dieses Kapitel könnte man sehr viel sagen.

Auf diese Art leistet der Scharsmacherartikel den Beamten wahrlich keinen Dienst. Aber die Verbotsfreiheit, das brennende Verlangen, der Arbeiterschaft Knüttel zwischen die Beine zu werfen, ihre Bestrebungen zu diskreditieren, läßt jedes Augenmaß vermissen. Anstatt der Veröhnung das Wort zu reden und Verständnis für die Arbeiterwünsche zu verbreiten, wird öbste und blödeste Verhezung getrieben. Wir vertragen es gewiß nicht, aber denn doch mit Mitteln, die einwandfrei und die nicht dazu berechnet sind, das Urteil der öffentlichen Meinung zu trüben. Mit diesem Artikel ist das der Fall, und mit gerechter Entrüstung wenden wir uns dagegen, des Wortes gedenkend: Was du nicht willst, das man dir tu, das füß' auch keinem andern zu.

Allgemeines.

Die neue Militärvorlage und die Bauarbeiter. In der bekannten Wochenschrift „Die Hülse“ befaßt sich der freimüthige Sozialpolitiker Dr. Friedrich Naumann mit den volkswirtschaftlichen Folgen der für Heeresvergrößerungen geforderten einmaligen Vermögensabgabe von einer Milliarde Mark. Er kommt dabei auch auf die Wirkungen zu sprechen, die die neue Militärvorlage auf das Baugewerbe haben wird, und urteilt diesbezüglich wie folgt:

„Soviel man bisher weiß, sind in den neuen Vorlagen 230 Millionen Mark für Bauten und räumliche Einrichtungen enthalten, also für Kasernen, Offizierkasinos, Provianträume, Pferdepalle usw. Das bedeutet Bauaufträge, die das gesamte Baugewerbe berühren, denn auch der nichtbeteiligte Bauunternehmer fühlt es, wenn seine glücklichere Konkurrenz Millionenbauten auszuführen hat, da die Arbeitskräfte sich natürlich diese Lage zunutze machen und überall in ihren Forderungen in die Höhe gehen. Man braucht kein Prophet zu sein, um in der Militärvorlage Bauarbeiterfreud zu sehen. Das wäre an sich noch kein Unglück, wenn dann nicht wenige Jahre nach Fertigstellung der Bauten der Rückschlag kommen müßte. Nehmlich wirken die 210 Millionen für Festungsbau. Durch sie werden einige Industrien über alles gewöhnliche Maß hinaus emporgehoben und werden vor allem Gebarbeiter und Maurer nach gewissen Stellen zusammengezogen. Es ist denkbar, daß hinter der Vorlage eine gewisse Wirtschaftskrisis lauert.“

Herr Naumann scheint hiernach von dem Maurer auch nur die Vorstellung zu haben, wie er mit der Pistole in der Faust vor den Unternehmer tritt und ihm bei jedem kleinen Aufschwünge der Konjunktur Lohn- und Arbeitsbedingungen auf Jahre hinaus regeln und Kämpfe um dieselben für die Dauer der Verträge ausschließen, und unter denen fast das gesamte deutsche Baugewerbe arbeitet, scheint er also keine Ahnung zu haben. Um das zu wissen, braucht man aber auch noch kein Prophet zu sein.

Evangelische Junglingsvereine für die christlichen Gewerkschaften. Am Ostermontag fand in Milpfe eine Konferenz der Evangelischen Junglingsvereine und Christlichen Vereine junger Männer des Kreises Schwelm statt, auf der die Stellung der Junglingsvereine zu den christlichen Gewerkschaften beraten wurde. Nach eingehender Aussprache wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

„Die am Ostermontag in Milpfe unter Teilnahme von etwa 130 Vertretern tagende Kreisversammlung der Evangelischen Junglingsvereine und Christlichen Vereine junger Männer des Kreises Schwelm ist der Überzeugung, daß es die religiöse und nationale

Pflicht der Vereine ist, ihre Mitglieder, soweit sie dem Lohnarbeiterstande angehören, zu veranlassen, daß sie den christlichen Gewerkschaften beitreten. Ueber die freien sozialdemokratischen Gewerkschaften noch die Christen- und Arbeitervereine, die freies und geistesreiches Leben in Frage kommen, da sie mehr oder weniger religiös und national als unüberlässig oder Gegner zu betrachten sind.“

Die Vereine versprechen, unter ihren Mitgliedern die nötige Aufklärung zu schaffen, damit sie sich möglichst auf der ganzen Linie den christlichen Gewerkschaften anschließen. Gleichzeitig richtet die Konferenz die bringende Bitte an die Schriftleitung des „Deutlich“, in Zukunft regelmäßig aufklärende Artikel auf sozialem Gebiet zu bringen, was der Stellungnahme des Westfälischen Junglingsbundes für die christlichen Gewerkschaften praktische Bedeutung geben würde.

Es ist unbedingt erforderlich, alle Kräfte und Organisationen zusammenzuschließen, die geeignet sind, gegen Sozialdemokratie und Materialismus einen Damm zu errichten.“

In der Aussprache wurde verschiedentlich hervorgehoben, daß vielfach Vertrauensmänner der christlichen Gewerkschaften auf die Träger des religiösen Lebens in der Arbeiterbevölkerung seien. Hinsichtlich der Ablehnung der verschiedenen anderen Gewerkschaftsrichtungen, auch der Gelben und Christen- und Arbeitervereine, herrschte von vornherein Einstimmigkeit.

Die Textilarbeiterausperrung am Niederrhein aufgehoben.

Der große Kampf in der niederrheinischen Textilindustrie, von dem wir in letzter Nummer berichteten, hat eine überraschende Wendung genommen. Der Allgemeine Arbeitgeberverband der Rheinischen Seidenindustrie hat nämlich am 31. März den Beschluß gefaßt, die Ausperrung aufzuheben und die Fabriken wieder zu öffnen. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte am 3. April, die Arbeiterschaft meldete sich beinahe vollständig zur Arbeit. Die Seiden- und Plüschfabriken sind bereits wieder in voller Tätigkeit. In den Strangfärbereien ist die Arbeitsaufnahme vollständig erfolgt, während in den Strangfärbereien nur eine geringe Anzahl zur Arbeit erschien. Der Arbeitgeberverband ließ erklären, daß diejenigen Arbeiter, die sich bis Mittwoch, den 9. April, zur Arbeit gemeldet haben, zu den neuen Bedingungen unter Anerkennung des Tariffs eingestellt werden, soweit Arbeit vorhanden ist. Für die Wiederaufnahme der Arbeit in den Webereien hat sich auch der sozialdemokratische Textilarbeiterverband ausgesprochen. In den Färbereien will er jedoch den Kampf weiterführen. In einer am 31. März vorgenommenen geheimen Abstimmung der „frei“ organisierten streikenden Färbearbeiter stimmten 7 Stimmen gegen und 1750 Stimmen für die Fortsetzung des Streiks.

Nachlässe zur Bewegung in Revelar.

Gegen die in voriger Nummer erwähnte Geheimbrochüre des Herrn Joseph Berder (Revelar), in der die christliche Arbeiterbewegung in maßloser Weise verächtlich wird, nimmt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften in seiner neuesten Nummer (7, 1913) ruhig, aber entschiedene Stellung. Die Tendenz der Schrift, die christlichen Arbeiterführer als Friedensförderer, Heiler, Klassenkämpfer, Terroristen usw. hinzustellen, basierte nur auf Hauschalverbächtigungen ohne jegliche Beweisführung. Die ganze Aufmachung zeige große Unschicklichkeit mit gewissen unähnlichen Kampfmethoden von „Sig Berlin“, dem auch die hinterhältige Art der Verbreitung nachgesagt sei:

„Den Angegriffenen wurde die Broschüre vorenthalten, aber das Scharsmacherorgan „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ war schon in seiner Nr. 11 vom 16. März in der Lage, Teile der Broschüre abzuordnen. Jetzt weiß man auch, wer den maßlos gehässigen Artikel: „Die hochbetrierten Seidenschneider“ in Nr. 8 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ inspiriert, wenn nicht selbst geschrieben hat! Dem sehr viele Wendungen und Gedanken verraten dieselbe geistige Quelle. Herr Berder hat in der Schrift auch eine Anzahl Aktenstücke abgedruckt. Die für seine Zwecke weniger geeigneten hat er einfach weggelassen. Ja, er hat in der tendenziösen Aufmachung noch ein weiteres getan und einzelne Dokumente in seinem Sinne gefälscht. Aus einem Artikel der Gewerkschaftskorrespondenz (Nr. 9, 1913) hat er einen — für die christlichen Gewerkschaften günstigen — Satz sogar unterschlagen. Witten aus dem betr. Artikel (Seite 123) ist nämlich der Satz herausgestrichen: „Die christlichen Gewerkschaften haben nach dem Friedensschluß sofort alle Maßnahmen rückgängig gemacht, die in ihrer Wirkung den Absas der Revelar'schen Fabrikate gehemmt haben könnten.“ Warum hat Herr Berder wohl diesen einen Satz herausgestrichen?“

Unersöhnliche Abneigung gegen die christlichen Gewerkschaften spreche aus dem ganzen Inhalt der Broschüre. Sie sei ein sprechender Beweis dafür, daß ihr Verfasser Joseph Berder einem christlichen Frieden mit den organisierten Arbeitern auf dem Boden wirtschaftlichen Gleichberechtigung auch jetzt noch abgeneigt sei. Die Folgen habe Herr Berder allein zu verantworten. Wir können es nur bebauern, so schließt das Zentralblatt den Abwehrartikel, „daß unser christliches Bestreben, in Frieden und Eintracht mit den Arbeitgebern auszukommen, gerade von einem katholischen Seidenschneidfabrikanten in solcher Weise erschwert und unmöglich gemacht wird.“ In der „Westfälischen Arbeiter-Zeitung“ (13, 1913) veröffentlichte Herr Direktor Dr. Brauns (M. Glabbe), der auf Anregung der Beteiligten als unpäpstlicher Vermittler bei dem Friedensschluß in Revelar mitwirkte, zum Dank dafür aber in der Berder'schen Broschüre in gehässiger Weise verächtlich wird, eine Erklärung zur

Duisburg. Jahresbericht der Verwaltungsstelle. Mit dem Wunsche „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ wurde im Frühjahr 1912 die Ausbreitungsarbeit für den Verband in allen Zahlstellen begonnen, welche fast ohne Ausnahme von Erfolg gekrönt war.

Bautätigkeit.

War die Bautätigkeit zu Anfang des Jahres durch den kalten Winter gut, so trat ein merkliches Abflauen im März und April ein, alsdann kam eine Erregung und im Herbst ein abermaliges teilweises Sinken derselben beobachtet werden. Nicht ohne Einfluß auf die Bautätigkeit war der Bergarbeiterstreik. Statistische Feststellungen über die errichteten Bauten im Berichtsjahr der Verwaltungsstelle sind sehr schwer zu beschaffen. In Duisburg und Mülheim muß die Konjunktur als mittelmäßig bezeichnet werden, teilweise war es sehr schwer, alle Kollegen in Arbeit zu bekommen. Die drei Hüttenwerke standen im Zeichen einer guten Konjunktur, die in der zweiten Hälfte des Jahres etwas nachlassen hat. Lintfort stand ebenfalls im Zeichen der Hochkonjunktur, während dieselbe in Moers in der zweiten Hälfte des Jahres etwas abflaute, in Hochemmerich-Brünnersheim setzte die bessere Arbeitsgelegenheit erst zu Beginn des zweiten Halbjahres ein.

Agitation.

Die Agitation wurde im Berichtsjahr durch die verschiedenen Ereignisse teils stark beeinflusst. Zu Beginn des Jahres war es der Reichstagswahlkampf, in dem die Sozialdemokraten das Mandat verloren. Hier zeigte sich die nationale Unertlichkeit der christlichen Arbeiter, was uns die Sympathien solcher Kreise verschaffte, welche uns bisher noch ablehnend gegenüberstanden. Bei dem im März willkürlich vom Bau gebrochenen Bergarbeiterstreik lehnten es die christlichen Arbeiter ab, sich von der Sozialdemokratie kommandieren zu lassen. Wohl hatten unsere Kollegen auf den Arbeitsstellen schwere Umständen zu bestehen. Oft genug wurde ihnen die Frage gestellt: „Was wird nun eure Organisation im nächsten Jahre tun, werdet ihr Schulten an Schulten mit uns kämpfen, oder werdet ihr es genau so machen wie die Bergarbeiter?“ Immer und überall wurde den Fragestellern geantwortet: „Solange ihr wirtschaftliche Interessen vertretet, werden wir mit euch kämpfen, jedoch lassen wir uns nicht von der politischen Sozialdemokratie beeinflussen.“ Auf eine sehr harte Probe wurde die Geduld der Gewerkschaftler durch die Entlassung des Gewerkschaftsleiters gestellt. Gläubten doch unsere Gegner, besonders die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften würden in allen Dingen berücken. Nur durch das Vertrauen und die Disziplin unserer Kollegen erlitten unsere Gegner eine arge Enttäuschung. Trotz all dieser erschwerenden Momente sind wir wiederum ein gutes Stück vorwärts gekommen.

Zur Belebung der Agitation fanden im Frühjahr drei Agitationenkongresse (je eine in Moers, Duisburg und Mülheim) statt, während erstere den gewünschten Erfolg hatte, verfiel letztere. Neben der fortlaufenden Propaganda fanden 21 Baubesprechungen nach 39 Baudelegiertenitzungen statt. Würden in allen Zahlstellen die notwendigen Baudelegiertenitzungen abgehalten werden, was nicht schwer ist, so würde unsere Organisation um ein bedeutendes stärker sein. Die Agitation unter den ausländischen Bauarbeitern gestaltet sich durch das Fehlen einer sprachkundigen Agitationskraft leider immer schwieriger. Doch darf diese Frage nicht außer acht gelassen werden. Die praktische Selbstbetätigung in einzelnen Zahlstellen läßt viel zu wünschen übrig, daher die Rufnummer über das Wesen und Einrichtungen des Verbandes. Sehr oft entstehen hierdurch scharfe Auseinandersetzungen, die vermieden werden können, wenn man sich etwas mehr im Selbststudium üben würde. Auf den Versammlungsbesuch wirkt das natürlich sehr schädlich ein, daher ist er im allgemeinen als nicht befriedigend zu bezeichnen. Wesentlich tritt durch die Tarifbewegung eine Belebung der Versammlungen auf der ganzen Linie ein. Außer den Baubesprechungen und Delegiertenitzungen fanden noch 336 Mitglieder-, 2 öffentliche, 111 Vorstand- und 14 Vertrauensmänneritzungen statt. Des Weiteren wurden an 1600 Flugblätter und Handzettel zur Belebung der Agitation an die Mitglieder verabreicht. Davon wurden auf dem Bureau an 1000 hergestellt.

Mitgliederbewegung.

Durch die hier geschilderten Erscheinungen wurde auch die Verbandsarbeit in etwa beeinträchtigt. Trotzdem waren 931 Neuaufnahmen und Liebertritte zu verzeichnen. Im Jahresdurchschnitt betrug der Zuwachs der Mitglieder 368. Die Abfluktation ist wesentlich zurückgegangen, jedoch bei den Bauführern ist dieselbe noch sehr stark. Ebenso läßt das ordnungsmäßige An- und Abmelden sehr viel zu wünschen übrig.

Markenumsatz.

Wenn also die Mitgliederzahl eine bedeutende Steigerung aufweist, ist auch eine solche im Markenumsatz erfolgt. Die Summe der mehr verkauften Beitragsmarken beträgt 1912 15 242. Die Mehrereinnahme gegenüber dem Vorjahr betrug 14 519,34 M. Der Jahresdurchschnitt der verkauften Wochenbeitragsmarken betrug 1912 pro Mitglied 37,5, 1911 35. Die Zahl der Arbeitslosenmarken betrug 1780, 1911 1460, ein Mehr von 320, was zum Teil auf die erhöhte Mitgliederzahl, wie auch auf den Umstand, daß viele unserer Kollegen im Sommer mehrere Male nach Hause reisen und dann berechtigt oder unberechtigt Arbeitslosenmarken Nebenwill. zurückgeführt werden muß. Trotzdem es im Verbandsstatut § 18, Abschnitt 3 heißt: „Die Hilfsarbeiter dürfen nicht im Besitze von Arbeitslosenmarken sein“, können sich viele Kollegen nicht daran gewöhnen, die Marken auf dem Bureau zu holen. Endlose Streitereien entstehen, wenn Kollegen 8 bis 14 Tage und mehr für sich in der Landwirtschaft tätig gewesen sind und keine Arbeitslosenmarken erhalten sollen. Über den Abschnitt 4, § 18 des Statuts, sucht man sich

einfach hinwegzusehen. Solalsondmarken wurden 2871 mehr umgesetzt.

Vohnbewegungen.

Trotzdem wir für alle Berufe des Baugewerbes Tarifverträge haben, war die Organisation doch gezwungen, recht oft die Arbeitgeber auf die Einhaltung der Verträge aufmerksam zu machen. Zunächst wurde im Frühjahr in Moers, wo seit geraumer Zeit kein Vertrag bestand, ein solcher abgeschlossen. Derselbe brachte den Kollegen eine Lohnerhöhung von 4 Pf. sowie die Regelung sonstiger Arbeitsbedingungen. Der Vertrag erstreckt sich auf die Orte Moers, Riepelen, Baerl, Drjoh, Bubberg, Rheinberg, Rheurdt, Neunkirchen, Capellen und Camp. — Wegen Maßregelung eines Kollegen erfolgte am 1. März 1912 die Einstellung der Arbeit bei der Firma Kiefer, Duisburg. Beteiligt waren 56 Maurer und 25 Hilfsarbeiter. — Am 29. April erfolgte die Arbeits-einstellung bei der Firma Biechmann, Lintfort, wegen Maßregelung und Agitationsverbot. Beteiligt waren 63 Maurer und 26 Hilfsarbeiter. Nach eintägigem Kampf erzwangen sich die Kollegen ihr Recht. Am 8. August 1912 wurde über die Firma Kurth u. Hoffmann die Sperre verhängt, weil die Firma den Vertrag, besonders die Arbeitszeit, nicht einhalten wollte. Ein Erfolg war durch die Ueberzahl der Indifferenten bis jetzt nicht zu erreichen. Eine nochmalige Arbeitsniederlegung erfolgte am 19. November 1912 bei der Firma Biechmann, Lintfort, an welcher 120 Maurer und Hilfsarbeiter beteiligt waren. Die Differenz bestand in der nicht pünktlichen Lohnzahlung. Bei allen Differenzen war es durch schnelles Eingreifen möglich, die Interessen der Kollegen, sowie das Wohlergehen der Organisation weitgehend zu wahren. Des Weiteren wurde die Firma Busch u. Co., Plattangebach, gezwungen, am 8. August 1912 den für das Tiefenlegewerke bestehenden Vertrag unterschrieben anzuerkennen. — Schon im Dezember 1911 verurteilten die Arbeitgeber, für das Stuckgewerbe in Duisburg eine weitere Festsetzung des Stuckateur- und Verputzer-Tarifes herbeizuführen. Ohne daß die Arbeitgeber den Verputzern den Lohn der Stuckateure zu zahlen brauchten, sollten dieselben gezwungen werden, Hofstein und Gipsmörtel zu ziehen. Die Arbeitnehmer nahmen eine ablehnende Haltung ein. Doch unsere Arbeitgeber waren zäh. Auf ihr folgendes Schreiben gaben wir abermals eine ablehnende Antwort und betrachteten die Angelegenheit als erledigt. Nun suchten sie den Herrn Gewerkschaftler als Schlichter zu gewinnen. Derselbe jagte in einem Schreiben vom 30. Januar 1912 auch zu. Daraufhin lehnten wir am 17. Februar 1912 schriftlich sein Vermittlungsamt ab mit der Begründung: „daß eine Vertragsänderung nicht vorgenommen werden könne während der Vertragsdauer“. Damit war die Angelegenheit endlich erledigt. — Sodann traten die Isolierer am 12. November 1912 zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in einen Streik. Am 28. November 1912 erkannte die Firma Kampehn, Oberhausen, und am 5. Dezember 1912 die Firma Terbergen u. Co., Ruhrort, den Vertrag an. Bei den Firmen Dertgen u. Schulte sowie der Isolierversicherung ist der Kampf noch nicht erledigt.

Schlichtungskommissionssitzungen fanden statt 6 für Maurer und Hilfsarbeiter, 2 für Zementleger und 3 für das Stuckgewerbe und 1 Eingungsamtsitzung. Sämtliche Sitzungen hatten sich mit Lohnabfragen, Arbeitszeit und Lohnzahlung, sowie Maßregelung zu befassen.

Die Rechtsüberprüfung nahm im Berichtsjahr ebenfalls einen breiten Raum ein. Erledigt wurden 6 Fälle betreffs Arbeitszeit, 2 betr. Arbeitslohn, 1 betraf Turnarbeiten, 4 Lösung des Arbeitsverhältnisses, 11 Affordschön, 3 Prüßische, 15 Kranen-, 7 Unfall-, 2 Invalidentagen, 68 Steuerachen, 1 Privatfache, 1 Armenfache, 1 Polizeiangelegenheit und 4 sonstige Fälle. Abschlässe wurden hierzu angefertigt 128 Stück. Dazu kommen 2 Klagen an ordentlichen Gericht, 8 Gewerbegerichtsklagen. Im ganzen wurden erledigt 137 Streitfälle. Der erzielte Gewinn beträgt 2519,56 M. — Die Arbeitsvermittlung war durch die gesteigerten Verhältnisse eine sehr rege. Derselbe betrug 584, durch Verrechnungsmänner an 800. Man weiß, daß, wenn sich die Kollegen selbst Arbeit suchen müßten, ihnen oft ein halber bis ein ganzer Tag Verdienst verloren geht. Rechnen wir nur vier Stunden auf jede Vermittlung bei einem Durchschnittssatz von 61 Pf. pro Stunde, so ergibt sich folgendes Resultat: 584 = 2336 Stunden, à 61 Pf. = 1421,36 M. Diese Summe wäre zweifellos den Kollegen verloren gegangen.

Aus dem Bericht geht hervor, daß unser Verband bedeutende Fortschritte im Jahre 1912 gemacht hat. Für alle, welche im genannten Jahre mitgearbeitet haben, bietet es Genugtuung, daß ihre Arbeit von Erfolg gekrönt war. Möge derselbe ein neuer Ansporn sein zum jeuchwürdigen Schaffen und Wirken für die Organisation. Angesichts der Ungewißheit, in der wir leben, muß für uns alle die Parole lauten: Alles, was im Baugewerbe arbeitet, muß für den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands gewonnen werden.

An die Werksarbeit!
Zu neuen Erfolgen!

G. Schilling.

Hirschau. Unsere am 16. März stattgefundene Versammlung im „Gasthof zum Löwen“ erfreute sich eines guten Besuchs. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Aufnahme neuer Mitglieder, 2. Wahl des Vorstandes, 3. Berichtsbüro. Das Wahlergebnis war folgendes: Als Vorstand wurde unser bisheriger Vorstand Joseph Haug einstimmig wiedergewählt, als Kassierer Jakob Kallenmark, als Schriftführer Kaspar Endres, als Hauskassierer, Martin Endres, als Revisoren Hugo Friedrich, Leonhard Haug und Wilhelm Binder.

Heserenberg. Nach dem großen Kampfsjahre 1910 hatte sich hier unsere Organisation vollständig aufgelöst. Die Emmericher Unternehmer hatten seinerzeit nicht ausgesperrt, und so glaubten die

Kollegen, der Verband sei jetzt nicht mehr notwendig. Doch diese Interessenlosigkeit hat sich für die Bauarbeiter schwer gerächt. Der im Jahre 1910 abgeschlossene Tarif sah für Maurer einen Lohn von 45 Pf. und für Zimmerer von 43 Pf. pro Stunde vor. Die Arbeitgeber haben die Interessenlosigkeit der Arbeiter auszunutzen verstanden und den alten Lohn von 40 und 38 Pf. weitergezahlt. Doch jetzt sehen die Arbeiter ein, welche große Dummheit sie begangen, und die Notwendigkeit einer starken Organisation kommt auch hier wieder zum Durchbruch. Am 9. März fand hier eine von unserem Verbands einberufene Versammlung statt, in der Kollege Jestädt-Oberhausen referierte. Er rechnete den Kollegen einmal vor, was sie durch ihre Gleichgültigkeit an Lohn verloren, und daß dieses nur durch eine starke Organisation wieder nachgeholt werden könne. Zu diesem Zweck forderte er die Anwesenden auf, alle wieder dem Verband christlichen Bauarbeiter beizutreten. Der Erfolg dieser Versammlung war ein guter, über 20 Kollegen ließen sich aufnehmen. Am Ostermontag fand wiederum eine Versammlung statt, in der Kollege Kreuz aus Venlo das Referat übernommen hatte. Auch dieser Vortrag, der in holländischer Sprache gehalten war, fand guten Anklang. Jestädt-Oberhausen forderte die Kollegen auf, jetzt treu zur Sache zu stehen und tüchtig zu agitieren. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Wahl des Vorstandes und der Vertrauensmänner vorgenommen. — So ist denn auch hier wieder ein neues Reis gepflanzt; möchte es zum starken Baum werden, damit auch hier wieder geordnete Verhältnisse eingeführt werden können. Wenn jeder Kollege die Lehre der letzten drei Jahre beherzigt und den Schaden der organisationslosen Zeit nachrechnet, dann kann es kein Zögern mehr geben. Die Lösung kann nur sein: Hinein in den Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands!

Rotrolona (O. Schl.). Am Montag, den 24. März, hielt unsere Zahlstelle eine Versammlung ab. Als Referent erschien Kollege Florian aus Seuthen. Der Kollege Florian berichtete über das Ergebnis der Tarifverhandlungen. Danach fand eine längere Diskussion statt, in der sich viele Kollegen zum Wort meldeten. Besonders die Ausführungen unseres Vorsitzenden, Kollegen Gruschka, und des Kollegen Gamski fanden reichen Beifall. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Aus derselben gingen hervor: Thomas Gruschka als Vorsitzender, Vincent Kullik als Kassierer, Johann Sajonzhf und Franz Franz Raret als Revisoren, Franz Schldo und Johann Godulla als Hauskassierer. Nachher wurde noch ein langer, lehrreicher Vortrag vom Kollegen Florian gehalten, wofür ihm der Dank ausgesprochen wurde. Kollege Schldo ermahnte nochmals die Kollegen zum besseren Besuch der Versammlungen.

Wetter. Am 15. März fand unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vorstandswahl, 2. Vortrag des Kollegen Schmalstieg, 3. Berichtsbüro. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: Wendelin Schmed als 1. Vorsitzender, Franz Philippst als Kassierer, Leo Müller als Schriftführer, als Revisoren Friedrich Schmed und Joseph Sauer, als Kartellbelegierte Wendelin Schmed, Leo Müller und Franz Philippst, als Bäckerkontrollleur wurde Heinrich Schmed gewählt. Alle Kollegen nahmen die Wahl an. Dann gab Kollege Schmalstieg ein Bild von der gegenwärtigen Lage im Baugewerbe. Er forderte alle Kollegen auf, besser zu agitieren und besonders die Hausagitation besser zu betreiben. Hierzu wurden dann sechs Kollegen gewählt.

Maurer.

Berlin. In der Generalversammlung unserer Zahlstelle erstattete Kollege Garisch den Jahresbericht. Er ließ nochmals die großen gewerkschaftlichen Ereignisse des verfloffenen Jahres an unserem geistigen Auge vorüberziehen. Er erörterte Ursachen und Verlauf des sogenannten Gewerkschaftsstreikes, von dem er feststellte, daß er auf unsere Organisation nachteilige Wirkungen nicht gehabt habe. Im Gegenteil sei die grundsätzliche Stellung unserer Bewegung dadurch scharfer herausgearbeitet und bei unseren Mitgliedern gefestigt worden. Was die Arbeitsverhältnisse im Berliner Baugewerbe anbetrifft, so sei auch im Berichtsjahre das gleiche unerfreuliche Bild zu verzeichnen, wie nun schon seit Jahren. Die Vorstandswahl ergab die Wahl folgender Kollegen: H. Binder 1. Vorsitzender (neugewählt), M. Schliker, 2. Vorsitzender, Fr. Steinhof, 1. Schriftführer, J. Heesen, 2. Schriftführer, Paulke, Beisitzer. Als Kartellbelegierter wurde Kollege Garisch gewählt, in die Begräbniskommission die Kollegen Garisch, Frums und Heesen. Kollege Bergmann berichtete über den Arbeitsnachweis. Eine große Anzahl Kollegen habe durch denselben in Arbeit gesajet werden können. Er würde noch segensreicher wirken, wenn die arbeitenden Kollegen das Vorhandensein freier Arbeitsstellen sofort dem Bureau mitteilen. Die Versammlungen werden an jedem ersten Donnerstag nach dem 15. eines jeden Monats abgehalten; fällt der 15. auf einen Donnerstag, so findet die Versammlung an diesem Tage statt. Mit einer energischen Aufforderung zu tatkräftiger Mitgliederwerbung schloß der neugewählte Vorsitzende, Kollege Binder, die Generalversammlung.

Warum wollen die Handwerker-Innungen Innungskrankenkassen gründen?

Zum größten Bedauern aller sozial Einsichtigen ist durch die neue Reichsversicherungsordnung der gesunde Zentralisationsgedanke in der Krankenversicherung nicht in erwünschtem Maße zum Durchbruch gekommen. Einstufige Kassen haben es bei der Regierung und den gesetzgebenden Körperschaften durchgesetzt, daß nicht nur die geringwertige Art der Landkrankenkassen mit völliger Ausschluß der Selbstverwaltung neu eingeführt wird, sondern daß auch daneben die Betriebs- und Innungskrankenkassen fast uneingeschränkt weiter bestehen und neu gegründet werden können.

Voraussetzung für die Gründung von Betriebs- und Innungskrankenkassen ist nur: 1. daß sie den Bestand vorhandener Orts- oder Landkrankenkassen nicht gefährden; 2. daß ihre sojüngeren Leistungen, denen der maßgebenden Ortskrankenkassen gleichwertig sind, und 3. daß ihre Leistungsfähigkeit auf die Dauer sicher ist. Die Betriebskassen müssen außerdem mindestens 150 (bei der Landwirtschaft mindestens 50) Versicherte aufweisen können. Bei der Gründung von Innungskassen bedarf es dieses Nachweises noch nicht einmal.

Wie nun man aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, legen sich allenthalben, besonders aber im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, die Sekretäre der Handwerker-Innungen sehr für die Gründung von möglichst vielen Innungskrankenkassen ins Zeug. Ebenso herrscht bei Betriebskrankenkassen-Verband (Zig Eilen) eine lebhaft propagandistische Tätigkeit und Beschäftigung von Betriebskrankenkassen.

Warum tun sie dieses? Die Antwort darauf ist nicht schwer. Zunächst will man die versicherten Arbeitnehmer, als „seiner“ Arbeiter, auch hier völlig in die Hand bekommen. Die Kontrolle der Arbeiter bei Streiks und Ausperrungen und bei der Arbeitsermittlung läßt sich dann schnell und leicht ermöglichen. Ferner ist das möglichst frühzeitige Zutreten zur Arbeit nach einem oder auch nach längerer Krankheit viel leichter ermöglicht. Bei allen Dingen aber glauben die Innungen billiger bei der Krankenversicherung durch das Herausziehen der versicherungsmäßig jugendlichen Handwerkerkassen aus den Ortskrankenkassen davonkommen. Ebenso wie die Betriebskrankenkassen wollen sie die sog. guten Kräfte für ihre Krankenkassen herausziehen und dadurch Leistungen und Beiträge sparen. Einer der Geschäftsführer der Innungen, Dr. Habbering-Gelsenkirchen, hat es glatt herausgesagt: „Die Innungskrankenkassen wollen wir an die Innungsekretariate, die ihre Verwaltung übernehmen sollen, anschließen.“ Damit könne man zunächst finanziell diese oft unsicheren Gesamtkassen und danach jedem nicht für Mäbchen, Invaliden und Staatssträpfer die Beiträge zu zahlen.

Welche Folgen hat nun dieses höchst einseitige Vorgehen der Herren Dr. Habbering, Gelsenkirchen, Lübberting et ungi genad außer den schon genannten?

Durch das Absondern der guten Kräfte aus den Ortskrankenkassen, die alles aufnehmen müssen, auch die schäblichsten Kräfte, wird deren Leistungsfähigkeit herabgesetzt und die Beiträge werden hochgetrieben. Da nun die Innungs- und Betriebskrankenkassen nicht mehr zu helfen brauchen, als die Ortskrankenkassen, so bleiben deren Leistungen ebenfalls niedrig und bei dem ausgeführten jugendlichen und kräftigen Element, das diesen Kräfte angehört, können sie mit niedrigeren Beiträgen wirtschaften. Die eventuelle höheren Verwaltungskosten der Innungskrankenkassen genieren die Handwerkermeister infolge nicht, als ja davon ihr Geschäftsführer des Innungsbauwesens mit honoriert wird.

Diesem die Gesamtarbeiterschaft schädigenden Tun können die organisierten Arbeiter nicht tatenlos zusehen. Die Gesamtarbeiterschaft, die vor Errichtung von Innungskrankenkassen gekämpft werden müssen, sollten sich ganz energisch und mit guter Begründung gegen diese Vorgänge, die teilweise dem Frieden zwischen Arbeiter und Kapitalist, wie behauptet wird, werden.

Sobald müssen die sozial gestimmten Gewerkschaften mit den Innungskrankenkassen in Verbindung treten, daß sie der legitimierenden Ortsbehörde die Uebertragbarkeit der Innungskassen klar machen. Die Arbeitnehmervertreter am Versicherungsamt und am entscheidenden Oberversicherungsamt müssen sich gründlich gegen das unrichtige Vorgehen der Innungskrankenkassen wehren.

Nach § 28 der R.-V.-O., Absatz 2, sollen sich auch die schiedlichen Orts- und Landkrankenkassen gütlich über die Errichtung von Innungskrankenkassen gegenüber dem entscheidenden Oberversicherungsamt äußern. Es ist sehr zu hoffen, daß dieses in der richtigen Weise geschieht. Es ist denn ferner darauf hinzuwirken, daß der Gesamtverband, der von den Arbeitern gegründet werden muß, nicht gerade über die Sache verhandeln und auch solche, die sozial einseitig sind, an diese Sache kommen.

Jetzt mit aller Bestimmtheit in den Reichstagen aber territorial begünstigt ist! Das Prinzip der Solidarität: Einer für alle und alle für einen, muß in der Krankenversicherung gewahrt bleiben!

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat im Laufe der letzten Monate zu ihrem Besten Gewerkschaften gewonnen. Der Reichsverband deutscher Kellner-Zentralverein mit

am 8. April und die folgenden Tage in Cassel seinen 6. Verbandstag abhalten — Seine 7. Generalversammlung hat der Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands auf den 8. Juni und die folgenden Tage nach Offenbach a. M. einberufen. — Am 27. Juli und die folgenden Tage hält der Gutenberg-Bund seine diesjährige Generalversammlung in Offen a. d. R. ab. — Endlich wird auch unser Verband, der Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, um die von den Mitgliedern gewählten Vertreter über Annahme oder Ablehnung des neuen Vertrages entscheiden zu lassen, sei es nun das Ergebnis einer beiderseitigen Einigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, oder sei es auf dem Wege des Kampfes oder durch Schiedsspruch zustande gekommen. Natürlich kann der Termin der Generalversammlung nicht eher bekanntgegeben werden, als bis eine Entscheidung nach der einen oder anderen Seite gefallen ist.

Internationale Gewerkschaftsbewegung. Nach dem Jahresbericht des (sozialdemokratischen) Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen für das Jahr 1911 wurde in den europäischen Ländern und Vereinigten Staaten Nordamerikas insgesamt 11 435 498 Gewerkschaftsmitglieder ermittelt, gegen 9 905 189 im Jahre vorher. Auf Genauigkeit können diese Zahlen allerdings keinen Anspruch erheben. Eine Uebersicht über die Stärke der Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern bietet folgende Zusammenstellung. — Es wurden Mitglieder gezählt in:

	1910	1911
1. England	2 440 723	3 010 316
2. Frankreich	977 350	1 029 238
3. Belgien	133 923	92 735
4. Niederlande	143 850	153 689
5. Dänemark	125 864	128 224
6. Schweden	121 180	116 500
7. Norwegen	47 453	53 830
8. Finnland	24 928	19 640
9. Deutschland	2 685 144	3 081 002
10. Österreich	451 233	496 263
11. Bosnien-Herzegowina	6 269	6 597
12. Kroatien-Slawonien	6 805	8 504
13. Ungarn	86 778	95 180
14. Serbien	7 418	8 337
15. Rumänien	8 515	6 000
16. Bulgarien	9 000	—
17. Schweiz	93 797	78 119
18. Italien	753 538	709 943
19. Spanien	40 934	80 000
20. Vereinigte Staaten	1 710 433	2 282 361
Zusammen	9 905 189	11 435 498

An der Spitze steht demgemäß Deutschland, dann folgen England und Nordamerika. Von der Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder sind 6 900 000 dem vorerwähnten sozialdemokratischen Sekretariat angeschlossen, in Deutschland 2 339 000. Die christlichen Gewerkschaften haben bekanntlich ein eigenes internationales Sekretariat mit dem Sig in Köln errichtet, dem außer den christlichen Bezirksorganisationen Deutschlands die in Holland, Belgien, Italien, Österreich und der Schweiz angeschlossenen sind.

Aus Arbeitgeberverbänden.

Die beiden Zentralorganisationen der deutschen Arbeitgeberverbände, die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und der Verein deutscher Arbeitgeberverbände, haben ihre Verschmelzung beschlossen. Die Gründungsversammlung der neuen Zentralorganisation, die den Namen „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ an sich soll, fand am 5. April in Berlin statt.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Krankenkassen-Kongress. Der Gesamtverband deutscher Krankenkassen hat die angeschlossenen Kassen zur diesjährigen Hauptversammlung auf den 22., 23. und 24. Juni nach Essen (Ruhr) ein. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Das Verhältnis der Krankenkassen a) zu den Ärzten und Apothekern, b) zu den Kassenangehörigen. 2. Das Streitverfahren in der Krankenversicherung nach der R.V.O. 3. Verschiedenes. Zur solche Krankenkassen, die bis zum 15. Juni d. J. die Mitgliedschaft des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen erworben haben, können durch legitimierte Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen. Zur Deckung der Kosten werden für jeden Vertreter drei Mark Deputationsbeitrag erhoben, der vorher an den Schatzmeister des Verbandes, Herrn Verwaltungsdirektor Meyer in Essen (Ruhr), Schützenstraße 24, einzusenden ist. Daraus erfolgt die Bezahlung der Delegiertenkarte. Anfragen, Anmeldungen sowie Anträge für die Hauptversammlung sind zu richten an die Geschäftsstelle in Köln (Rhein), Senfentwall 9. Krankenkassen, die bis zum angegebenen Termine noch nicht Verbandsmittglied geworden sind, können als Gäste an dem Kongress teilnehmen.

Deutsch-italienisches Abkommen über Arbeiterversicherung. Die Frage der Versicherung der im deutschen Reich arbeitenden Ausländer, die in den letzten Jahren mehrfach erörtert wurde, ist nunmehr, wenigstens so weit Italien in Betracht kommt, zum Abschluß gelangt. Wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ mitteilt, ist das am 21. Juni vorigen Jahres in Berlin abgeschlossene Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Italien über Arbeiterversicherung nunmehr von beiden Seiten ratifiziert (gültig) gemacht worden und tritt am 1. April d. J. in Kraft. Es bezieht sich auf die im Vertrag vom 3. Dezember 1904 zur dem deutsch-italienischen Handels-, Zoll- und Schiffahrtsvertrage vom 6. Dezember 1901, worin eine besondere vertragliche Regelung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung vorgesehen ist. Das Abkommen ist auf deutscher Seite durch den Reichstanzler auf Grund der im § 157, Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung enthaltenen Ermächtigung geschlossen worden und hat die Zustimmung des Bundesrats gefunden.

Soweit sich das Abkommen auf die Unfallversicherung bezieht, bestimmt es für das Gebiet der deutschen Gewerbe-Unfallversicherung und der deutschen See-Unfallversicherung einerseits und das Gebiet der italienischen Unfallversicherung andererseits die Gleichstellung der Angehörigen des einen Landes und deren Hinterbliebenen mit denen des anderen Landes, unbeschadet der Möglichkeit einer Kapitalabfindung, wie sie in Deutschen Reich unter gewissen Voraussetzungen gesetzlich vorgesehen ist. Für die Berechnung der an die Stelle der deutschen Unfallrenten tretenden Abfindungen ist der Bundesratsbeschluss vom 21. Dezember v. J. maßgebend, der die Bemessung von Kapitalabfindungen einheitlich für In- und Ausländer regelt.

Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung hatte die italienische Regierung geltend gemacht, daß die im Deutschen Reich beschäftigten italienischen Arbeiter zwar gezwungen sind, ihren Anteil an den Beiträgen zu entrichten, aber infolge der Vorschriften über die Wartezeit und über den Verlust der Unfähigkeit im allgemeinen geringe Ansprüche haben, in der Weise der Leistungen aus der Reichsversicherungsordnung zu gelangen. Diesem Zustande ist in dem Abkommen abgeholfen worden. Es soll nämlich den im Deutschen Reich beschäftigten und demgemäß der Beitragsleistung unterliegenden Italienern, die gleichzeitig bei der italienischen allgemeinen Invaliden- und Altersversicherungskasse (Cassa Nazionale di Previdenza) oder bei den in Italien für Angehörige der Handelsmarine bestehenden besonderen Invalidenkassen eingeschrieben sind, das Recht zustehen, die Ueberweisung des von ihnen zu entrichtenden Teiles, also der Hälfte der für sie im Deutschen Reich zur Verwendung gelangenden Beiträge an die Cassa Nazionale als Einzahlung für die italienische Kasse zu beantragen. Der Ueberweisungsantrag hat zur Folge, daß die Ansprüche aus der Beitragsleistung zur deutschen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung hinfällig werden. Den deutschen Versicherungsträgern wird daher in solchen Fällen die auf den Anteil der Unternehmer entfallende Hälfte der Beiträge zugute kommen, ohne daß sie ihrerseits eine Leistung aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu bewirken haben. Andererseits hat die italienische Regierung zugestanden, daß die in Italien beschäftigten deutschen Arbeiter die Mitgliedschaft bei der bisher den Italienern vorbehaltenen Cassa Nazionale di Previdenza erwerben können und daß die Leistungen der italienischen Invalidenkassen, die bisher ihrem überwiegenden Teile nach nur den Inländern zufamen, den zur Befugung eines italienischen Seefahrzeuges gehörenden Deutschen in gleichem Umfang wie den Italienern gewährt werden.

Ferner enthält das Abkommen eine Anzahl allgemeiner Bestimmungen, welche die Durchführung der Arbeiterversicherung des einen Landes in dem anderen Lande erleichtern sollen.

Das Abkommen trägt den berechtigten Interessen sowohl der Versicherungsträger wie auch der Versicherten beider Länder nach Möglichkeit Rechnung, und wird, wie zu hoffen steht, für die beiderseitigen Beziehungen auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung von fördernder und nützlicher Wirkung sein.

Soziale Wahlen.

Gewerbegerichtswahlen. Bei der Gewerbegerichtswahl in Marktredwitz wurden insgesamt 1166 Stimmen abgegeben. Die Sozialdemokraten erhielten 782 Stimmen und damit 7 Beisitzer, während die christlich-nationale Liste 384 Stimmen auf sich vereinigte und 3 Beisitzer durchbrachte. — Die Gewerbegerichtswahl in Sameln zeigte für die christlichen Gewerkschaften einen Teilerfolg. Sie erhielten mit 82 Stimmen (früher 41) einen Beisitzer, während die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit 572 Stimmen (früher 380) 5 Beisitzer bekamen. — Bei der Gewerbegerichtswahl in Goch machten von den 856 Wahlberechtigten 500 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Auf die christliche Liste entfielen 3 Beisitzer mit 332 Stimmen und auf die sozialdemokratische 1 Beisitzer mit 168 Stimmen.

Hamborn. Bei der am 28. März getätigten Wählerauswahl der Baugewerkschaften (Zwangsbinnung) für die Stadt Hamborn, erhielt die Liste der christlichen Arbeiter 31, die der Sozialdemokraten 22 Stimmen. Die Kandidaten der christlichen Liste sind somit gewählt.

Gerichtliches.

Am 5. April fand vor der Strafkammer in Breslau die Verhandlung gegen unseren früheren Bezirksleiter Eduard Pfeffer statt. Pfeffer wurde wegen einfacher Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht hat angenommen, daß Pfeffer die durch die Unterschriftenfälschung erlangten Gelder wieder im Interesse der Verbandes verwandt hat. Daher nur die Bestrafung wegen einfacher Urkundenfälschung.

Verurteilung. Den Geschäftsführer des sozialdemokratischen Konsumvereins „Vorwärts“ in Oshlinghausen verurteilte das Schwelmer Schöffengericht am 11. März wegen Verleitung des Bezirksleiters Führer (Dortmund) vom Zentralverband christlicher Kellner- und Kleinrentner zu 60 Mark Geldstrafe oder 5 Tagen Haft und Tragung der Kosten. Kraft hatte nach

eidlicher Erklärung mehrerer Zeugen dem Privatkläger... (Text continues with details of a legal case involving a worker's injury and compensation).

Der Tod in der Kantine durch Hochwasser als Betriebsunfall. (Text discusses a fatal accident in a canteen caused by flooding and the legal implications for the employer and insurance.)

Aus dem Baugewerbe.

Unter dieser Rubrik finden Bauverträge, Submissionsergebnisse, technische Zeichnungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. (List of construction projects and tenders, including a railway station and various industrial buildings.)

182 000 M.; Neubau einer Kaserne für eine Maschinen-... (Details of a construction contract for a machine workshop or barracks.)

Eine weitere Reihe größerer Bauten von öffentlicher... (Overview of public construction projects and their funding.)

Auch werden größere städtische Bauten demnächst in... (Announcement of upcoming municipal construction projects.)

Trotz dieser anscheinend großen Zahl öffentlicher... (Discussion on the impact of public works on the construction industry.)

Häuserbau.

Für jede Familie ein Eigenheim statt der Miets-... (Article promoting home ownership and providing statistics on housing needs.)

Dr. ing. Gerold C. Beez, „Das eigene... (Introduction to an article about home construction by Gerold C. Beez.)

Dieses in vornehmster, vorbildlicher Ausstattung vor-... (Detailed advice on building a quality home, covering materials, layout, and cost.)

Die Aufgaben der Vorstände und Vertrauens-... (Title of an article about the responsibilities of union leaders.)

Inhalt: Erstes Kapitel: Organisation und Aufgaben... (Table of contents for the article on union leadership.)

Der innere Ausbau des Vereinslebens... (Main text of the article discussing the internal development of workers' associations.)

Es ist nun bereits im Jahre 1905 durch die „West-... (Continuation of the article, mentioning the West German Worker's Journal.)

Gesellschaft für Heimkultur. Sitz: Wiesbaden.

Die neu gegründete gemeinnützige Gesellschaft, deren... (Announcement of a new home culture society in Wiesbaden.)

Die heutigen Verkehrsverhältnisse ermöglichen es dem... (Article on how modern transport affects housing choices.)

Das Eigenheim des Mittelstandes. Ratgeber für... (Title of a guide for middle-class home ownership.)

Wer bauen lassen oder selbst Pläne entwerfen will... (Detailed guide for middle-class homeowners, covering planning and execution.)

Zur Ausführung landlicher Bauten von Architekt H. Rahm (Etzville) mit ca. 500 Abbildungen. Wir kommen auf dieses von allen Regierungsstellen empfohlene Werk nach Erscheinen besonders zurück.

Für den Bauführer sind wohl bisher schon einige kleine, wenn auch unverhältnismäßig teure Hülfsmittel erschienen, die für die Bau-Praxis meist nur problematische Bedeutung erlangen konnten, so daß es immer noch an einem brauchbaren handlichen Ratgeber für die gesamte Bauausführung gekehrt hat.

Arendt und Zimmermann, Taschenbuch des Bauführers. Die gesamte Bauausführung vom Baugesuch und allen Vorarbeiten bis zur schlußfertigen Uebergabe. Mit Wiedergabe aller erforderlichen Pläne und Eingaben und zahlreichen Abbildungen (ca. 200 Figuren) 300 Seiten stark. Preis 3 M., Leinenband 4 M., Porto 30 Pf. Westdeutsche Verlags-Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden 33

füllt die vorhandene Lücke vollständig aus, wenn auch die vorliegende erste Ausgabe wie üblich noch einige Verbesserungen künftiger Auflagen bedürfte, die ja immer erst die Praxis vieler Kollegen hervorstechen kann. Jeder Bauhandwerker im Staats- oder Privatdienst und ganz speziell die jüngere Generation werden das billige Taschenbuch für die Praxis nicht gut entbehren können, es erspart ihnen leicht Verdruss und Tadel, denn es befestigt sicher ihre Position, wenn alles bei dem ihnen unterstellten Bau-Kapital und durch Berichten keine Verzögerungen oder unzulässige Mehraufgaben hervorgerufen werden. Der erfahrene Fachmann mit langer Praxis wird sich aber damit manche Erleichterung verschaffen. Für alle Bauhandwerker, Studierenden, Bautechniker und überhaupt jüngere Fachleute soll man das Taschenbuch des Bauführers unbedingt empfehlen und an der Baustelle wie im Bureau sollte es bei keiner bauausführenden Firma fehlen, denn es ist ja der Vorteil eines jeden Chefs, wenn bei ihm Fehler vermieden werden, die immer mit Kosten verknüpft sind, sei es an Geld oder Zeit.

Verammlungskalender.

Berlin. (Maurer.) Die Versammlung der Zahlstelle der Maurer am 17. April fällt aus, da an diesem Tage eine große Versammlung vom Sozialen Ausschuss stattfindet, in der die Wohnungsfrage behandelt wird. Der Termin unserer nächsten Versammlung wird noch bekanntgegeben.

Bekanntmachungen.

Achtung! Bremen.

Die Adresse unseres Vorsitzenden ist ab 1. April 1913: 2. Sandertor, Bremen, Sachstraße 129.

Achtung! Verwaltungsstelle Berlin.

In der städtischen Fachschule für Maurer, Zimmerer und Dachdecker, beginnt das Sommerhalbjahr am Mittwoch, den 9. April. Maurer, Zimmerer und Dachdecker sowie Angehörige verwandter Berufsarten werden in fünf aufsteigenden Halbjahreskursen zu je acht Wochenstunden theoretisch und praktisch zu Leitern in ihrer Fache herangebildet.

Unterrichtsfächer sind: Zeichnen mit praktischen Übungen, baugewerbliches Projektionszeichnen, Fachrechnen, Einführung in die Festigkeitslehre, Materialkunde, Bauausführungslehre, Einführung in den Eisenbetonbau, die erste Hilfe bei Unfällen.

Fortgeschrittene Bauhandwerker werden unterwiesen: in der Anfertigung von Bauzeichnungen unter Berücksichtigung aller Konstruktions-Einzelheiten, im freihändigen Darstellen von Motiven aus dem Baufache, im angewandten Projektionszeichnen in Verbindung mit Skizzierungen, sowie im Eisenbetonbau verbunden mit Konstruktions- und Kalkulationsübungen.

Das Schulgeld beträgt für die Wochenstunde halbjährlich 1 M. und ist bei der Aufnahme zu entrichten, die am Montag, den 7. April, abends 7-9 Uhr, in den Schullokalen Wartenburgstraße 12, Müllerstraße 158/159 und Andreasstraße 16a erfolgt.

Unterrichtszeit: Sonntags, vormittags 8 bis 12 Uhr, und an Wochentagen abends 7 1/2-9 1/2 Uhr.

Adressenänderung.

Mit dem 1. April wurden die Büroräume des Generalsekretariats, die Hauptgeschäftsstellen und sämtliche Sekretariate der christlichen Gewerkschaften in Köln in das neue, neuverbaute Bürohaus zusammengelegt. Die Adressen des Generalsekretariats, des Christlichen Gewerkschaftsverbandes, des Holzarbeiterverbandes, des Keram- und Steinarbeiterverbandes, des Schneiderverbandes, des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner und des Graphischen Zentralverbandes, sowie der in Köln vorhandenen Bezirks- und Lokalbeamten lauten von dem Zeitpunkt an einheitlich: Köln, Benloerwall 9. Fernsprecher des Generalsekretariats wie bisher: 5175.

Achtung! Solingen.

Der Kassierer der Verwaltungsstelle Solingen, Gerh. Darius, wohnt jetzt Auguststraße 45.

Sterbetafel.

Am 29. März starb unser treuer Kollege Peter Höler im Alter von 46 Jahren infolge Lungentzündung. Er war Mitbegründer unserer Zahlstelle im Jahre 1904 und hat seitdem die halbe Zeit als deren erster Vorsitzender fungiert. Wir verlieren in ihm einen unserer eifrigsten Kollegen.

Zahlstelle Nieber-Obert.

Am 29. März starb unser langjähriges Mitglied Kollege Hermann Hebling an Magenkrebs im 59. Lebensjahre.

Verwaltungsstelle Rheine (Westf.).

Ehre ihrem Andenten!

Aus dem Geschäftsleben.

Die Marke „Weißer Elefant“, Erzeugnis der Westfalia-Kinderwagen-Industrie Bruno Richenhain, Dena brück, hat sich in verhältnismäßig kurzer Zeit das Vertrauen der Konsumenten in ungeahnter Weise erworben. Die Karren- und Leiterwagen der Firma stehen unerreichbar da, trotz des leichten Kaufes elegant in Bauart und unverwundlich in Qualität. Auch die Kinder- und Sportwagen weisen eine unübertroffene Eleganz in Form und Farbe auf.

Man sollte daher nicht verschäumen, bei eintretendem Bedarf den neuesten Prachtkatalog 863, der bedeutend reichhaltiger wie seine Vorgänger, gratis und franco einzufordern. Die Auswahl genügt den größten Anforderungen.

Die Kenntnis der Volksarzneimittel und Volksmittel entsprang und entspringt noch täglich aus einer von der Sinneinschauung und den Verstandsbegriffen unabhängigen Erkenntnisquelle aus der Natur, aus schlichten Beobachtungen des Lebens, aus heilsamen Erfahrungen bei Gesunden und Kranken, aus zweckdienlichen Tatsachen. Dieser menschlichen Erkenntnisquelle verdankt die Volksheilkunde ihre Entstehung und tagtäglich einen großen Teil ihrer Bereicherungen. Als bekannteste Volksmedizin dürfte wohl Lichtenheldts Singsong-Essenz mit dem Licht gelten. Dieses vorzügliche Volksheilmittel leistet unschätzbare Dienste bei Magenleiden, Kopfschmerzen, Nervenleiden, Hals- und Schilddrüsenleiden, Rheumatischen, Katarthen, Nervenleiden usw. Man verlange Prospekt und achte darauf, daß man nur Lichtenheldts echte Singsong-Essenz mit dem Licht, aus Lichtenheldts Laboratorium in Meuselbach, Thüringer Wald, kauft, erhält, nur dann hat man die Gewähr für ein wertvolles Volksheilmittel.

Holztafelkastenwagen. Karten weißer Holztafel - Modell 1913. Innehaltend und leicht, mit Gummiräder M. 33.-. Besondere hygienische Anordnungen. - Vert. Sie Prachtobjekt Nr. 53 gratis a. franko. Reichliche Kastenwagen-Industrie. Bonn. Holztafelkastenwagen - Modell 1913.

Heinrich Stachehl, Maurerstr. Berlin, Weidenweg 35. Landhausbau. Übernahme von Maurer- und Zimmerarbeiten, Mess- und Umstatten, Laden-Ausbrüche. Spezialität: Modernisierung aller Wohnwagen und ganzer Gebäude. Übernahme ganzer Bauten hier und auswärts in Entreprise. Anschläge kostenlos und franco. Kulante Bedienung.

Eine Uhr schenken wir Ihnen, wenn Sie unsere 100 Ansichtspostkarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat ein richtig u. verlässlich gehend. Werk, für welches wir 1 Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen zum Verkauf frei und wenn Sie sie verkauft haben, senden Sie uns Mk. 6.-, worauf wir Ihnen die Uhr schicken. J. Stern Co., Berlin SO 16, Köpenicker Straße 65.

Paul Matschull, Bangeschäft. Knudsdorf a. Ostbahn, Zanderstr. 21. Spezialität: Landhausbau. Schnellste Ausführung. Kostengünstigste Ausführung. In bester Ausführung. In besten Firmen. In besten Firmen.

Licht Singsong. Licht Singsong. Licht Singsong. Licht Singsong. Licht Singsong.

„Hotel Küstriner Hof“. Inh.: Oskar Fuhrmann, Berlin, Madalstr. 8. direkt am Schlesiischen Bahnhof. 5 Minuten von der Zentrale des christl. Bauarbeiterverbandes. Seit 10 Jahren ständiger Vorkehr der Herren Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre. Empfehle meine peinlich sauberen Zimmer mit nur guten Betten zum Vorzugspreis von 1,50 und 2.- Mk. Bequeme Fahrverbindung nach allen Richtungen der Stadt. Elektrisch Licht, Bad. Fernsprecher: Amt Köpenickstadt, 15 025.

RATIONAL. Für jeden Radfahrer unentbehrlich. Spezialität: Gamaschenfabrikation. Nr. Sport, Spiel, Straße und Arbeit. In prima Stoffen, Filz usw. Bei Lieferung in ganz Vertriebe Extra-Vergünstigung. Großes Lager von Sport-Artikeln. Bestmögliche Fabrikate. Berlin S. 14, Annerstr. 44. Man verlange kostenlosen Vertreterscheck.

Mittelschiffen. Ihnen. Caschenuhr. wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend. Werk, für welches wir ein Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen z. Verkauf franko und wenn Sie solche verkauft haben, senden Sie uns 6 M., worauf wir Ihnen die Uhr schicken. Viele Anerkennungsschreiben. Vogt & Co., Heidelberg A 39.

Emil Hoffoldt, Dresden-N. 6, Ritterstraße 2 u. 4. Spezialfabrikation und Versand von Berufsbekleidung für Zimmerer, Maurer, Bauarbeiter usw. Preisliste a. Verlangen frei l. Haus. Korpulenz-Festigkeit. wird besetzt durch Tennal Preisgekrönt mit goldenen Medaillen und Ehrendiplomen. Keiner starker Leib, keiner starken Hüften mehr, sondern schlanks, elegante Figur und graziöse Taille. Kein Heilmittel, kein Geheimmittel, lediglich ein Ernährungsmittel für unkorperliche, jedoch gesunde Personen. Keine Diät, keine Anwendung der Lebensweise. Vorzügliche Wirkung. Paket 2,50 M. gegen Postanweisung, od. Nachnahme. Fabrik: D. Franz Stelmer & Co. Berlin 2817, Königgrätzer Straße. Verkauf d. Apoth. Genera. und Versand: Witte's Apoth. Berlin, Potsdamer Straße 23a. Informatio in der „Baugewerkschaft“ haben den besten Erfolg.

Julius Minner. Spezialität: Gamaschenfabrikation. Nr. Sport, Spiel, Straße und Arbeit. In prima Stoffen, Filz usw. Bei Lieferung in ganz Vertriebe Extra-Vergünstigung. Großes Lager von Sport-Artikeln. Bestmögliche Fabrikate. Berlin S. 14, Annerstr. 44. Man verlange kostenlosen Vertreterscheck.

Verfallungs- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen. Mittelschiffen: Heinrich Stachehl, Maurerstr. Berlin, Weidenweg 35. Caschenuhr: wenn Sie für uns 100 Ansichtskarten verkaufen. Die Uhr ist prachtvoll graviert, hat richtig und verlässlich gehend. Werk, für welches wir ein Jahr Garantie leisten. Die 100 Postkarten senden wir Ihnen z. Verkauf franko und wenn Sie solche verkauft haben, senden Sie uns 6 M., worauf wir Ihnen die Uhr schicken. Viele Anerkennungsschreiben. Vogt & Co., Heidelberg A 39.

Primo Werkzeuge. liefert als Spezialität für Stukkateure. Karl Engels, Werkzeugfabrik, Hagen i. Westf. Kataloge gratis. Likör-Extrakte zur Selbstbereitung feinsten Tafeliköre usw. Frucht-Extrakte zur Selbstbereitung alkoholfreier Limonaden etc. Versand von 12 Weinchen und Likören nach allen Poststationen. Beste Qualität. Prospekte gratis. Johann Grell, Weinbrennerei, Distillation, Berlin-Reinickendorf Ost, Holländerstraße 17.